

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
T. 11. 9a. 100 n. m. 32.

Telephone:
Tagesredaktion: 613.
Nachtredaktion: 6797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich K 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganzzährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

4. Jahrgang.

Freitag, 18. Jänner 1924.

Nr. 16.

Ein neues Symptom der Zerrüttung.

Francesco Nitti, der ehemalige italienische Ministerpräsident, war einer der wenigen bürgerlichen Politiker in den Ententestaaten, der das von den Pariser Gewaltfriedensverträgen ausgehende Verderben für die gesamte europäische Menschheit voraussah. In seinem schon vor Jahren erschienenen Buche „Das friedlose Europa“, hat er mit scharfer prophetischer Kraft vorausgesagt, daß bei Fortdauer dieser Friedensverträge, nach und nach alle Staaten, die besiegten wie die siegreichen, in den Wirbel dieses Verderbens hineingezogen werden müssen, und daß schließlich die Herstellung eines wirklichen Friedenszustandes, der den Wiederaufbau Europas durch die Zusammenarbeit der Völker ermöglicht, als wirtschaftlichen Notzwang empfinden werden. In seinem vor mehr als einem Jahre herausgegebenen zweiten Buche „Der Niedergang Europas“, setzt er seine Gedankenreihe fort und beweist an der fortschreitenden Zerrüttung, daß die gesamte Welt ihr Gedeihen nicht wiederfinden kann, solange die Friedensverträge den raubgierigen kapitalistischen Klassen einzelner Siegerstaaten zur nationalen Unterjochung dienen können. Nitti bezeichnet darin den Frieden von Versailles als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln und sagt: „Das gesamte europäische Wirtschaftsleben ist verschuldet. . . . Das aus dem Gläubiger in den Schuldner umgewandelte Europa hat seine Verbrochenschaft um mindestens 30 Prozent, seine Produktionskraft um mindestens 40 Prozent eingebüßt. . . . Wie im schlimmsten Mittelalter scheint die politische Weisheit einiger Völker lediglich darin zu bestehen, die Nachbarn gleichgültig vom Schlimmen ins Schlimmere fallen und schließlich untergehen zu lassen.“

Die Bücher Nittis bilden eine einzige erschütternde Anklagerede gegen die Verblendung und den Wahnsinn dieses kapitalistischen Zeitalters, das nicht erkennen will, daß die dem einen Volke zugefügten tödlichen Wunden auch das Siechtum, die Schädigung und den Niedergang der Gesamtheit bedeutet. Nirgends wäre diese Erkenntnis notwendiger als in Frankreich, das seit je am bewußtesten die Verträge zur wirtschaftlichen und politischen Anechtung Deutschlands gehandhabt hat, und in der seinen Spuren folgenden Tschechoslowakei. Als in Deutschland die Mark ins Gleiten geriet, war sich die Pariser Boulevardpresse darin einig, daß das deutsche Volk aus purer Böswilligkeit seine Valuta ruiniere, um seine Zahlungspflicht in dem von Frankreich geforderten Maße nicht erfüllen zu müssen und in die gleiche Sterbe schlug die tschechische Preisse bei uns. Der einander folgende rasende Abstieg der österreichischen Krone, der ungarischen Krone, der polnischen Mark und der deutschen Mark, wurde in nationalstiftlicher Verblendung auf die gleichen Ursachen zurückgeführt: entweder auf bewußte Lüge, oder auf den Umstand, daß man bei uns um soviel „besser zu wirtschaften“ verstehe als in den von der Valutakatastrophe heimgesuchten Ländern. Daß in diesen Staaten überall eine andere Grundursache diese Erscheinung zeitigen mußte, das ist die durch die Friedensverträge bewirkte Zerspaltung der wirtschaftlichen Gemeinschaft in Europa, wollte man nicht gelten lassen.

Nun beginnt aber auch Frankreich in den allgemeinen Niedergang durch das schon seit längerer Zeit andauernde Sinken des Franken hineingezogen zu werden. Was früher als ein den besiegten Staaten vorbehaltenes Schicksal schien, das beginnt sich langsam aber sicher auch an Frankreich zu vollziehen. Schon zu Beginn des vorigen Jahres begann der Kurs des Franken zu schwanken, seine Abfahrt aus den Regionen der edleren Valuta setzte er aber gerade in dem Augenblicke fort, da die Mark nach ihrem langandauernden, abgrundtiefen Sturz auf furchtbar tiefem Niveau ihren Halt fand. In den ersten Tagen der ausgebrochenen Valutapanik suchten die publizistischen Herolde

Wie lange noch will Frankreich den Weltfrieden bedrohen?

Eine weitere Rede Tom Shaws im Unterhaus.

London, 17. Jänner. In der gestrigen Unterhausdebatte über die Thronrede griff der Sekretär der Sozialistischen Internationale

Tom Shaw,

der nach Mac Neill sprach, die Politik der konservativen Regierung scharf an. Er sagte, eine Politik, die dazu geführt habe, daß mindestens eine Million Menschen mehr unter den Waffen gehalten werden als im Jahre 1914, dürfe nicht fortgesetzt werden. Shaw bedauerte, daß in der Thronrede nichts über die Anerkennung Rußlands gesagt wurde. Je eher eine Regierung gebildet würde, die die britische Politik mit Bezug auf Rußland ändere, um so besser würde es für England sein. Er fragte, ob eine Fortsetzung der Politik gewünscht werde, die das Ansehen Großbritanniens auf einen niedrigeren Stand denn je gebracht habe und erklärte weiter, es gebe keinen Mann und keine Frau auf den Banken der Arbeiterpartei, die Feinde Frankreichs seien. Im Gegenteil wünschten sie alle die herzlichsten Beziehungen zu Frankreich. Was meine jedoch Mac Neill, wenn er von einem Zusammenwirken mit Frankreich spreche? Dieses Zusammenwirken mit Frankreich gehe dahin, letzterem stets zu gestatten, das zu tun, was es wolle.

Wann wäre Großbritannien je so tief gesunken wie jetzt, da man ihm auf seine Vorschläge sagt, wir werden deine Vorschläge nicht erwägen?

Es sei sicher richtig, Frankreich mit größter Freundlichkeit zu sagen, England erwarte, daß es bei Erörterung internationaler Angelegenheiten als vollkommen gleichberechtigt behandelt werde. Das bedeute nicht, die Emence zu brechen, es bedeute vielmehr, sie zusammenzulassen. Nun aber höre man kein Wort mehr über die Erklärung der britischen Regierung über die Ungefährlichkeit der Ruhroperationen Frankreichs. Die Politik Frankreichs im Ruhrgebiete habe Frankreich selbst nicht das gebracht, was es erwartet habe. Frankreich habe nicht die Reparationen erhalten, die es beanspruchte.

Europa sei vom Frieden weiter entfernt als im Jahre 1918! Wie lange solle das noch fortdauern?

des Nationalismus in Frankreich und bei uns für das Sinken des Franken politische Absichten des teuflischen deutschen Volkes verantwortlich zu machen und ein französisches Blatt entblödete sich nicht, insbesondere die Valutaspekulationen der drei Millionen Deutschen in der Tschechoslowakei als Grund für die fortschreitende Entwertung des Franken anzuführen und zu verlangen, daß diesen Miststücken die Einreise nach Frankreich unmöglich gemacht werde. Gewiß ist, daß dieselben Valutahäner, die früher an der Entwertung der österreichischen Krone und der deutschen Mark sich bereicherten, nun ihre Hoffnungen auf den französischen Franken richten aber es heißt doch Ursache mit Wirkung verwechseln, wenn man die Ursachen des Frankenrückganges lediglich in der Spekulation erblicken will und sie nicht dort sucht, wo sie wirklich liegen, das ist in der Zerrüttung und Zerstückelung der europäischen Wirtschaftskräfte, als deren eines der Symptome nun auch der Rückgang des Franken anzusehen ist. In Frankreich huldigte man dem Irrwahn, daß das Land die von ihm im Kriege gebrachten finanziellen Opfer zur Gänze durch die deutschen Reparationsleistungen hereinbringen werde. In der Hoffnung, daß Deutschland alles zahlen müsse, wurde unterlassen, das Gleichgewicht im Staatshaushalt durch neue Steuern herzustellen. Frankreich hält ein ungeheures Heer unter Waffen, hat riesige Okkupationskosten im Ruhr- und Rheingebiet zu tragen und hat den ihm ergebenden Staaten der Kleinen Entente große Rüstungskredite bewilligt — alles in der Erwartung, daß Deutsch-

Es würde kein Mangel an Freundschaft für Frankreich sein, wenn man sagte, daß die gesamte Frage der richterlichen Entscheidung des Völkerbundes unterworfen werden solle.

Frankreich könne England keine Schulden zahlen, weil es keine Reparationen erhalte, es könne aber andererseits Geld zu Rüstungsankäufen leihen. (Erst kürzlich an Polen, Jugoslawien und Rumänien. — Die Red.) England könne Frankreich gegenüber ganz gut in der Richtung Vorstellungen erheben, daß dies nicht der beste Weg sei, um den Frieden zu sichern. Man behaupte, daß die Aktion Deutschlands durch den Wunsch eingegeben sei, seinen Verpflichtungen zu entgehen. Die Wahrheit sei, daß für die vom deutschen Durchschnittsarbeiter verdienten Löhne nicht mehr gekauft werden könne, als der dritte Teil oder die Hälfte der Lebensmittel, die er vor dem Jahre 1914 dafür hätte kaufen können.

Die Debatte über die Adresse wird Montag beendet und sodann auch die Abstimmung vorgenommen werden.

Der kritische Montag.

London, 17. Jänner. (N.) Die Blätter berichten, daß bei der am Montag stattfindenden Abstimmung über die Antwortadresse auf die Thronrede eine Mehrheit von ungefähr 80 bis 70 Stimmen gegen die gegenwärtige Regierung stimmen wird. Hierauf wird wahrscheinlich das Parlament für drei Wochen vertagt werden, damit Macdonald ein Ministerium bilden und sein Programm aufstellen könne.

Wichtige Parteiberatungen in Berlin.

Berlin, 17. Jänner. (Eigenbericht.) Zu außerordentlich wichtigen Beratungen traten heute die entscheidenden Instanzen der sozialdemokratischen Partei zusammen. In erster Linie galten die Verhandlungen dem Belagerungszustand, dessen Aufhebung von der Partei nun mit aller Energie versucht werden soll. Auch die Steuerfragen, wie überhaupt die allgemeine politische Lage wurde einer ein-

land dafür schon aufkommen werde. Die Absicht, von Deutschland weitgehende Entschädigungen zu erhalten, ist aber in immer größere Ferne gerückt und so beginnt sich jetzt auch in Frankreich das Gezei in Geltung zu bringen, demzufolge für die Bewertung der Valuta die finanzielle Lage und der Intensitätsgrad der Produktivkräfte eines Landes entscheidend sind. Frankreich ist, wie alle Staaten, durch den Krieg geradezu trostlos verschuldet, der Abgang in seinem Staatshaushalt beträgt monatlich zwei Milliarden Franken, und seine Hoffnungen, von Deutschland die Mittel für seinen Wiederaufbau zu erhalten, sieht es durch die Auswirkung der Friedensverträge schwinden.

Das Sinken des Franken ist ein neues Zeichen für die von Nitti und allen Einsichtigen vorausgesehene Zerstörung der Lebenskräfte aller Staaten, die als Folge der durch die Friedensverträge bewirkten Fortführung des Wirtschaftskrieges anzusehen ist. Die Folgen des Frankenssturzes, dem die französische Regierung jetzt mit gesetzgeberischen Maßnahmen zu steuern sucht, können für alle Staaten nachteilige Folgen haben. Es wäre schon deshalb töricht, den Sturz der französischen Währung in nationalstiftlicher Voreingenommenheit mit Schadenfreude zu verfolgen. Aber hoffentlich öffnet der Frankenssturz dem französischen Volke die Augen über die Verkehrtheit und Verderblichkeit der von Haß erfüllten Politik Poincarés. In diesem Sinne entsteht die Hoffnung, daß die Lehre, die Frankreich durch das Sinken seiner Währung empfängt, auch dort die Besinnung und Vernunft aufkommen lassen wird!

gehenden Besprechung unterzogen. Die sozialdemokratische Fraktion im bayerischen Landtag hat einen Antrag eingebracht, wonach die Regierungsverordnung über die Sicherung der Wahlfreiheit im Landtag noch vor der Beschlussfassung über die Wahlgesetzesvorlage unterbreitet werden soll.

Die Reichstagsfraktion beauftragte den Vorstand der Fraktion erneut mit der Reichsregierung zu verhandeln, daß der militärische Ausnahmezustand dessen Aufrechterhaltung sich sachlich in keiner Weise rechtfertigen lasse, alsbald aufgehoben werde. Die Fraktion wird die Reichsregierung auffordern, dem Reichstage ein Ausführungsgesetz zu Art. 48 der Reichsverfassung rechtzeitig vorzulegen, damit diese Vorlage noch vor Ablauf der Legislaturperiode erledigt werden kann. Schließlich wurde der Vorstand beauftragt, je nach dem Gang der Verhandlungen mit der Reichsregierung die Einberufung des Reichstages namens der Fraktion zu beantragen.

Ein Appell an die bürgerlichen Republikaner.

Der frühere Reichsminister Wirth ruft zum Schutz der Verfassung auf.

Berlin, 17. Jänner. (Eigenbericht.) Der ehemalige Reichsminister Dr. Wirth veröffentlicht heute einen an seinen Parteifreund gerichteten Brief, der das Zentrum zum Schutze der Weimarer Verfassung gegen alle Anschläge der Reaktion aufruft. In dem Schreiben heißt es, daß sich noch immer Kräfte bemühen, dem demokratischen Gedanken und dem Parlamentarismus die Schuld an dem Verfall Deutschlands zuzuschreiben. Diese Kräfte haben in den Jahren der Geldentwertung durch Aneignung eines Teils des Nationalvermögens eine übergroße Macht an sich gerissen, die sie gegen den Staat und gegen den heillosen Teil des gesamten Volkes heute einzuheben im Bewußtsein, selbstloser Weise unterstützt durch einzelne Teile des Bürgertums, der Intellektuellen usw. So ist es möglich geworden, daß sich ein Prozess wirtschaftlicher und sozialer Entwertung vollzieht.

Der Augenblick sei gekommen, um des Staates willen Einspruch zu erheben und zu einer aktiven Gegenwehr alle auf dem Boden der Verfassung stehenden und gegen die soziale Reaktion gerichteten Kräfte aufzurufen. Der Versuch mit der Reaktion, zu einem Zusammenarbeiten in Reichstags zu kommen, heißt es in dem Briefe — hat sich als unmöglich erwiesen und durch die verfassungswidrigen Forderungen und Annahmen, die von rechts aufgestellt worden sind. Der Brief schließt: Unsere Demokratie ist eine christliche, sie will Staatsgewalt und Staatsautorität aber nicht in der Form von Aneignung und Hörigkeit. Der Geist der Weimarer Verfassung ist ein guter, und daß dieser Geist die heimlichen Staatsformen durchdringt, muß unsere feste Sorge sein.

Kleine Besserung in Leipzig.

Berlin, 17. Jänner. Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat sich besonders in München, Berlin, Hamburg und Lübeck ein wenig gebessert. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist gesunken. Auch die Zahl der Kurzarbeiter hat sich verringert.

Franz Ritter gestorben.

Berlin, 17. Jänner. (Eigenbericht.) In der vergangenen Nacht ist im Alter von 53 Jahren Gen. Franz Ritter, zweiter Bürgermeister von Berlin, einem Herzschlage erlegen. Die Sozialdemokratie Deutschlands beklagt in dem Verstorbenen einen der bewährtesten und treuesten Kämpfer der Arbeiterbewegung. Ritter war von Beruf Schneider und hat schon in jungen Jahren der Gewerkschaftsbewegung sehr wertvolle Dienste geleistet. Im Jahre 1899 wurde er Bevollmächtigter seiner Gewerkschaft für Berlin, 1905 Arbeitersekretär der Berliner Gewerkschaftskommission und seit 1907 Stadtverordneter. Als nach der Revolution eine sozialdemokratische Mehrheit in das Berliner Rathaus einzog, wählte sie Ritter zum zweiten Bürgermeister. Dieses Amt verwaltete der Verstorbene, wie heute vom Oberbürgermeister und auch in allen Nachrufen der bürgerlichen Presse einmütig anerkannt wurde, mit großer Umsicht und hervorragendem Eifer. Die deutsche Partei würdigte die Verdienste dieses prächtigen Genossen, indem sie ihn auf dem Parteitag im Jahre 1919 in den Parteivorstand berief. Ritters Beerdigung findet auf Kosten der Stadt Berlin statt.

Rahr-Bayrisches.

Der Staatskommissar wird strafbarer Handlungen beschuldigt.

München, 16. Jänner. Der frühere Justizminister und bayrische Landtagspräsident Dr. Roth richtete heute im Verfassungsausschuss des bayrischen Landtages scharfe Angriffe gegen Rahr und sein Generalstaatskommissariat. Er beschuldigt Rahr, eine maßlose Willkür gegen die vielen von ihm ins Gefängnis geschickten Schutzhäftlinge zu betreiben, ohne sich um die verfassungsmäßigen Rechte der Staatsbürger zu kümmern. Den Tod Dietrich Eckharts habe Rahr direkt auf dem Gewissen und werde dafür zur Verantwortung gezogen werden. Direkte strafbare Handlungen habe er dadurch begangen, daß er in drei Fällen aus Privatbriefen an General Ludendorff Geld entnommen habe. Da sich Rahr auch das Recht angemaßt habe, den Staatsanwaltschaften Verfügungen und Befehle zu erteilen, sei die Befehlsgebung, daß er direkt in den Hitlerprozeß eingreife. Ein Angelegenheit hier liegt schon in der Finanzschiebung des Prozesses.

Ein Kommunist ergänzte die Ausführungen Dr. Roths dahin, daß in Nürnberg bei der kommunistischen Partei beschlagnahmte Gelder zu Versteigerungsversuchen bei anderen Kommunisten verwendet wurden.

Minister Schreyer wies die Angriffe Roths auf Rahr zurück. Er erklärte, daß die Regierung die Verantwortung für die Entscheidungen des Kommissars trage. Die Beschlagnahme von Geldern, die in Briefen an General Ludendorff geschickt worden sind, sei erfolgt, weil die Vermutung bestand, daß Ludendorff nach wie vor die Zentrale der nationalsozialistischen Bewegung darstelle. Durchaus begründet sei auch die Ausweisung des preußischen Majors Brann und des Studenten Leo Pleyer gewesen. Der letztere sei eigens zur Entfaltung politischer Propaganda nach München gekommen, nachdem er bereits vorher in Prag an der dortigen deutschen Universität sich als Unruheshäufel betätigt hatte.

München, 17. Jänner. (Wolff.) Im Verfassungsausschuss des bayrischen Landtages wurde der Antrag des Abgeordneten Roth auf sofortige Entlassung der anlässlich des Hitlerprozesses in Haft genommenen Personen mit knapper Mehrheit abgelehnt. Ein ähnlicher Antrag der Kommunisten wurde ebenfalls abgelehnt.

Die Sanierung des Franz.

Paris, 17. Jänner. (Gavas.) Der Ministerrat genehmigte unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand verschiedene Maßnahmen, die er gestern in einer besonderen Konferenz beschlossen hatte und die auf die Sanierung des Franzulandes hinführen. Bekanntlich handelt es sich um Wesen um folgendes: 1. Verhinderung von Steuerhinterziehungen durch wirksamere Kontrolle des mobilen Eigentums und Strafverschärfung; 2. Unterdrückung der Spekulation mit dem Franz und mit Staatspapieren; 3. Einführung eines zwanzigprozentigen Aufschlages auf alle Steuern; 4. Ermächtigung der Regierung, im Verordnungswege die notwendigen Reorganisationsmaßnahmen in der Staatsverwaltung zu dem Zwecke zu treffen, daß eine Milliarde an Budgetersparungen erzielt werde.

Die Regierung wird bezüglich verschiedener ihrer Projekte die Vertrauensfrage stellen und die Kommission auffordern, die Projekte sofort in der Weise zu erledigen, daß sie bereits Dienstag verhandelt werden können. Auf Vorschlag des Handelsministers beschloß der Ministerrat einen Befehlswort, der ihn berechtigen würde, im Verordnungswege die Einfuhr von Waren, die das Land nicht notwendig braucht, einzustellen.

Poincaré — der „aufrichtige Friedensfreund!“

Wenn die Not am höchsten ist, ist die frechste Lüge am nächsten.

Paris, 17. Jänner. In der heutigen Kammer Sitzung führte Ministerpräsident Poincaré zur

Begründung der vom Finanzminister eingebrachten Steuergesetze aus, daß sich der Franz seit gestern, seit der Ankündigung der Regierungsmassnahmen, gebessert habe. Seinen Alliierten habe Frankreich über die Lage seiner Finanzen Aufklärung gegeben, damit sie auf Verleumdungen antworten könnten, die gegen den Kredit Frankreichs gerichtet würden. Die Hilfsquellen Frankreichs seien ungeheuer, und da es nicht daran denke, sie durch politische Abenteuer zu gefährden (!), weil es aufrichtig pazifistisch (!) und sehr arbeitssam sei, müsse sich seine Lage bessern. Poincaré wies auf die günstige Handelsbilanz und auf die Tatsache hin, daß man den Banknotenumlauf verringert habe. Auch die Budgetausgaben seien verringert worden, während sich die Einnahmen immer mehr gesteigert hätten. Der Ministerpräsident hob vor allen Dingen hervor, daß jede weitere Ausgabe unterdrückt werden müsse. Die Regierung sei überzeugt, daß, wenn die Kammer ihr die Mittel zur Verfügung stelle, der Franz fortgesetzt steigen werde.

Poincarés Mehrheit nimmt ab.

Nach der Rede Poincarés in der Kammer reichte der Deputierte Bouysiou ein Interpellationsgesuch betreffend die Absetzung des Gesetzentwurfes über die Pensionen von der Tagesordnung ein. Poincaré widersetzte sich einer sofortigen Diskussion dieser Interpellation und stellte die Vertrauensfrage. Trotz des Drängens des Deputierten Bouysiou nahm die Kammer mit 360 gegen 215 Stimmen die Verschiebung der Interpellation um einen Monat an, wie Poincaré beantragt hatte.

Neue Schwierigkeiten in der ungarischen Anleihefrage.

Paris, 17. Jänner. (Gavas.) Der Londoner Korrespondent des „Parisien“ schreibt, daß die vom Ausschusse betreffs der ungarischen Anleihe zu treffende Entscheidung schon deshalb sehr interessant sein wird, weil sie einen Präzedenzfall bilden könnte, auf den zu berufen Deutschland sicherlich, namentlich in der Frage des Moratoriums, nicht verabsäumen würde. Magyaren muß also absolut zur tatsächlichen Zahlung der Reparationen genötigt werden. Es ist auch daran zu erinnern, daß die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien sich vor einiger Zeit auf diesen Präzedenzfall berufen und der britischen Regierung mitgeteilt haben, daß, falls Magyaren die Wohltat der Aufhebung des Pfandes als Ersatz für eine Reihe von Jahren zuteil würde, sie als Verbündete um so eher die gleichen Begünstigungen verlangen müßten.

Venez kündigt Vorbehalte an.

London, 17. Jänner. (Reuter.) Minister Dr. Venez erklärte im Ausschusse für die ungarische Anleihe, er habe keine prinzipiellen Vorbehalte, werde aber zu dem Protokolle, betreffend die projektierte Anleihe an Magyaren, Vorbehalte machen. Er gab bekannt, daß die kleine Entente ein besonderes Interesse daran habe, daß in Magyaren die Friedensvertragsbedingungen mit dem Zwecke bezüglich der Militärkontrolle vollständig durchgeführt werden. Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen gab die Erklärung ab, daß Magyaren ängstlich bestrebt sei (!), alles durchzuführen, was ihm geordnete Verhältnisse verbürgen würde.

Die Folgen der Auslandsanleihe -- die noch immer in der Luft hängt.

Budapest, 17. Jänner. (Eigenbericht.) In einer geheimen Konferenz informierte heute der Landesverteidigungsminister Csaky die Mitglieder des Landesverteidigungsausschusses über die Folgen der Auslandsanleihe auf die Gestaltung der nationalen Armee. An der Besprechung nahmen sämtliche Parteien mit Einschluß der Opposition teil.

Der Prozeß gegen Ullain.

Von Hitter bis Ullain — eine Bande von Gaunern.

Budapest, 17. Jänner. (Eigenbericht.) Heute hielt Abgeordneter Ullain seine Verteidigungsrede. Er sagte, daß er nur die Unverletzbarkeit Ungarns angestrebt hat. Nicht nur er, sondern auch die Behörden seien von dem bayrischen Lockspiegel Döhmel getäuscht worden. Wenn seine Reise nicht verhindert worden wäre, hätte er wahrscheinlich in München nichts erwirkt. Ludendorff hätte ihn gewiß ausgelacht. Zum Schluß betonte Ullain nochmals, daß er aus patriotischen Gründen gehandelt habe. Die Angeklagten Sobula und Szemere verzichteten auf das Schlusswort. Das Urteil wird am Donnerstag, den 24. Jänner, verkündet werden.

Kurze Auslandsmeldungen.

Belgische Beratungen über die französische und belgische Note. Berlin, 17. Jänner. Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Doesch, ist heute in Berlin eingetroffen. Der Brüsseler Geschäftsträger Dr. Koediger befindet sich schon seit Sonntag in Berlin, so daß die Besprechungen über die französischen und belgischen Noten jetzt beginnen können.

Ein sozialdemokratischer Stadivordneter-vorsteher. Berlin, 17. Jänner. (Wolff.) Die Berliner Stadivordneterversammlung hat heute im ersten Wahlgang den sozialdemokratischen Stadivordneter Hah mit 95 Stimmen zum Stadivordneter-vorsteher gewählt. Auf Caspari entfielen 79, auf den kommunistischen Kandidaten 12 Stimmen.

Die Zusammenkunft Rinoldi-Mussolini. Rom, 17. Jänner. Die Zusammenkunft des jugoslawischen Ministerpräsidenten Radic oder des Außenministers Rinoldi mit Mussolini wird am 22. oder 28. Jänner in Benedg stattfinden.

Inland.

Keine Katafandienste für Horthy!

Die „Arbeiterzeitung“ teilt mit: In der Ortschaft Duna-Szerdahely lebt seit zwei Jahren ein ungarischer Emigrant, Horvath, und ist dort Geschäftsführer eines Kaffeehauses. Er sieht wenigstens seit zwanzig Jahren in der Bewegung, war Parteisekretär und Kantentassenbeamter in Raab und wurde nach dem Umsturz zum Regierungs-Kommissar (Obergepan) des Komitats Fejer ernannt. Nach dem Zusammenbruch der Häteregierung kam er nach Wien und ging von hier nach Duna-Szerdahely, wo er bisher unbehelligt lebte. Jetzt wurde er auf Grund eines Steckbriefes, den die ungarische Gesandtschaft in Prag dem Justizminister in Prag stellte, verhaftet; er wird stechbrieflich verfolgt, und zwar wegen seiner Tätigkeit als Regierungskommissar und Vorsitzender des Komitatsdirektoriums. Die Behörden der Tschechoslowakei müßten es wissen, daß alle Amtshandlungen der Revolutionsbehörden von der Horthy-Justiz als gemeine Verbrechen qualifiziert werden und daß man das Politische aus ihnen weggestampelt, um der politischen als gemeine Verbrechen habhaft zu werden. Trotzdem wurde Horvath verhaftet und befindet sich jetzt in dem Gefängnis der Staatsanwaltschaft in Preßburg. Es ist zu befürchten, daß er, wenn nicht eine rasche Intervention erfolgt, an die Schergen Horthy ausgeliefert wird. Aus diesem Grunde möchten wir die Aufmerksamkeit aller Sozialisten der Tschechoslowakei auf diesen Fall lenken und die Hoffnungen aussprechen, daß sie in der Verteidigung des Asylrechtes nicht faulhaftig sein werden.

Dazu bemerken wir, daß die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik, noch ehe sie in Kenntnis des

Appells unserer Wiener Genossen war, Veranlassung getroffen hat, daß das Asylrecht im Falle des Emigranten Horvath gewahrt werde.

Der tägliche Spiritus.

Während alle tschechischen Koalitionsblätter über die Spiritusaffäre wie auf Pfehl — vielleicht auf Befehl des Zehnerausschusses — schweigen und das Dimitier- und Herberichschießen im „Cesta Slova“ und „Bravo Lidu“ aufgeschützt hat, besaß sich als einziges Blatt das „Nude Pravo“ mit der Affäre. Es sagt: „Hat die tschechische Arbeitergemeinde Geld aus Prakes Korruptionsfond genommen, dann müssen ihre verantwortlichen Faktoren ebenso im öffentlichen Leben unmöglich werden wie Prakes. Verantwortliche Faktoren der tschechischen Arbeitergemeinde sind ihr Sekretär Minister Tuhny und der Vorsitzende Senator Stastny. Ohne Wissen dieser am meisten verantwortlichen Faktoren und ohne ihre Zustimmung konnte die tschechische Arbeitergemeinde Millionensummen aus Prakes Fond aufnehmen. Daß Minister Tuhny, Senator Stastny und eine Reihe anderer tschechischer und nationalsozialistischer Führer von der Annahme der Spiritusmillionen für den Biographen zumindest wußten, das hat auch Dr. Vrbesky bewiesen. Auch wenn die Zeugenschaft Dr. Vrbesky nicht wäre, ist es jedenfalls klar, daß Prakes Millionen verantwortliche Personen und keineswegs die Wände des Biographen hätten übernehmen müssen. Die Ausrede auf Kabela ist nichtig und erzwungen. Aus der Erklärung Vrbesky ist klar, daß von der Annahme von Prakes Millionen für das Kino „Louvre“ auch Minister Stiborny wußte. Uns handelt es sich darum, daß Prakes gezwungen werde, zu sprechen, und wenn es sich den tschechischen Sozialisten um die Wahrheit und die Aufdeckung jedes Korruption und um die Aufdeckung dessen handle, was „Cesta Slova“ durch seine Klatschereien glauben machen will, dann müßten sie gemeinsam mit uns alles daran setzen, daß Prakes tatsächlich gezwungen werde, zu sprechen. Denn wenn Prakes sprechen sollte, dann wird er in erster Reihe sagen, was er von den Kommunisten weiß. Hier ist demnach der Weg, den das „Cesta Slova“ gehen muß, wenn es sich ihm nicht um Klatschereien, sondern um Aufdeckung der Korruption handelt. „Wenn wir, schreibt das Blatt, ein Redengeheiß betreten wollten, dann müßten wir auch den tschechisch-sozialistischen Führer Simonides als Mitglied der Spirituspropagandakommission in die Wäsche nehmen. Dann müßten wir uns auch mit der Frage befassen, welche Rolle bei der Spirituskorruption die Führer der Nationalsozialisten, so besonders Laube, Pöschel und Boidl usw. spielten. Weiter die Genossenschaft „Hydro“, dann der politische Sekretär der nationalsozialistischen Partei Emil Simel und eine Reihe anderer. Aber damit wollen wir uns nicht befassen, solange wir nicht den ganzen Stoß der Korruption entwirrt haben. Bei unserer Verfolgung der Spirituskorruption stießen wir auf eine ganze Reihe anderer Korruptionen, durch die sehr bedeutende Faktoren der nationalsozialistischen Partei kompromittiert werden. Aber mit diesen Sachen wollen wir vorläufig nicht in die Öffentlichkeit ziehen, denn in der Masse der Affären würde sich die Öffentlichkeit nicht auskennen.“

Die Sitzung des Senatspräsidentiums!

Wie wir erfahren, wurde das Präsidium des Senates zu einer am Dienstag, den 22. Jänner, um zehn Uhr vormittags, stattfindenden Sitzung einberufen. Die Einladungen tragen die Unterschrift des Senatspräsidenten Karl Prades.

Die obligatorische Elementarversicherung fällt? Das Landwirtschaftsministerium hat die Pflicht, einen Gesetzentwurf betreffend die Einführung einer obligatorischen Elementarversicherung auszuarbeiten, fallen gelassen. Dagegen laßt es eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, wonach die Hagelversicherung auf dem Prinzipie des freien Willens aufgebaut werden sollte.

Das Korsett.

Von Fritz Müller.

Hans und Hermann, die Zwillinge, wollten ihrer Mutter zum Geburtstag was verschren. Die Zwillinge schlenderten über die Straße. Sie hatten die Hände in den Hosentaschen und pfffen. Das sollte aufsehen: Uns gehört die Welt. Aber in Wirklichkeit war es ihnen unbehaglich. Sie blinzelten mischer nach einem Laden: Ob man da drin wohl 'n Korsett kriegt? „Franz Walzer, Bavlergeschäft“, riefte ein Nasenbild über den Gehsteig herein. In einer Ecke waren Papiertragen ausgelegt. „Meinst vielleicht da?“ fragten die Augenbrauen. „Natürlich“, tat der Rosenfinger westgewandt. Sie schoben einander durch die Ladentür. „Nun, Kinderlein, was wollt ihr denn?“ Der Hans stuppste den Hermann. Der Hermann stuppste den Hans. Dadurch erhielten sie beide einen Ruck zur weltmännischen Sicherheit. „Ein Korsett möchten wir“, erklärten sie beide fest. Dem Papierhändler Franz Walzer blieb der Mund offen. „Ein — ein — ein Korsett?“ gackte er heraus. Dann schoß ihm ein Verdacht hoch. „Ihr wollt euch wohl lustig machen über ordentliche Leute, ihr Bengel, ihr — raus da — raus, sag ich — sofort herrraus!“

Hans und Hermann sahen sich draußen zweifelsch an. Das Korsettläusen war doch nicht einfach. „Ob wir vielleicht doch ein Alkämed mit goldige Eden —“ „Rein, jetzt grad extra.“ Die heldenhafte Ueberlegung sagte, für den Geburtstag seiner Mutter müsse man auch etwas wagen. „Wenn wir jemand fragen täten, wo man ein Korsett bekommt?“ „Das ist wahr, aber wen?“ „Unsern Lehrer?“ „Ich glaub nicht, daß 's der weiß.“ „Ober die Lehrerin von der Hilda — schau, da kommt 's grad — weißt, die is immer freundlich — ich probier's.“ „Sie gingen offenbar auf das Fräulein zu: Entschuldigen Sie, Fräulein Lehrerin, wir möchten Sie fragen, wo man ein Korsett kaufen kann.“ „Aber, Kinder.“ „Für die Mutter zum Geburtstag nämlich.“ „Aber, Kinder, kauft ihr doch was anderes, als gerade ein Korsett.“ „Aber wir möchten gerade ein Korsett, weil Tante Emma gefragt hat, daß ein Korsett, weil ein junger Mann ging nahe vorbei und grüßte die Lehrerin tief. Sie erröte. Es war ihr unangenehm, daß die Rede immer von Kor-

setten ging. Sie brach das Gespräch geschwind ab. „Grüß Gott, Kinder“, sagte sie, „und lauft eurer Mutter einen Blumenstrauß.“ Fort war sie. „O ja, einen Blumenstrauß“, sagte Hans. „Jetzt grad extra ein Korsett.“ beharrte Hermann. Zehn Schritte weiter wurde die Beharrlichkeit belohnt. „Levinger u. Co., Korsettgeschäft“ stand da. Eine langweilige Verkäuferin fragte sie mehrgleich: „Was darf es sein, bitt-e?“ „Ein Korsett.“ „Dasjenunummer, bitt-e?“ Die Zwillinge sahen sich an. Eine neue Schwierigkeit? „Dasjenunummer, bitt-e?“ leierte die reichlich gestabsabwesende Verkäuferin noch einmal herunter. Nummer, Nummer? In der Eile fiel ihnen ihre Hausnummer ein. „Nummer 84“, sagte Hans so zuberfichtlich als möglich. „Dann die Preislage, bitt-e?“ leierte sie weiter, „darf es was Besseres sein?“ „Jawoh“, sagte Hermann fest. Für seine Mutter war ihm das Beste gut genug. „Für vier Kronen fünfzig Heller“, ergänzte Hans und machte sein rotes Händchen auf, in dem

es glühterte von Zehnerln, Fünferln und von Hellerln. Mit einem Schlage verlor die Ladnerin die Leierhaftigkeit. „Ihr unverschämten Jungen, ihr“, rief sie, „vier Kronen fünfzig Heller, so was freches — das billigste ist fünfzig Kronen — wem gehört ihr eigentlich? — euren Eltern müßte man es sagen, daß sie euch verprügeln für — für —“ Sie schnappte ab, der Prägegrund fiel ihr nicht ein. Arg begossen kamen sie nach Hause. Da stand schon ihre Mutter. „Kinder“, sagte sie lächelnd, „ich bin Hilda Lehrerin begegnet. Die hat mir da etwas von einem Korsett gesagt. Was euch nicht alles einfällt —“ „Tante Emma hat gesagt, Mutter, daß du —“ „Tante Emma kann mir gestohlen werden. Eure Mutter hat noch kein Korsett gehabt und will auch keines.“ Die Zwillinge schnauften auf. „Merkt's euch, Kinder, ein Korsett ist ungesund und dumm.“ „Und schwer“, sehte Hans nidend hinzu. „Und kostet das billigste fünfzig Kronen“, bemerkte Hermann sachverständig. Und dann gingen sie hin und kauften der Mutter für vier Kronen fünfzig einen dicken Blumenstrauß, Nummer 84.

Tages-Neuigkeiten.

Ich bete an . . .

Von Hans Reiser.

Ich bete, wo ich bin auf allen Wegen.
Den Flug, der raslos hin zum Meere flieht,
die Sonne bei ich an, und Schnee und Regen,
das liebe Gras, das aus der Erde spriecht.

Ich bete an den Baum, das grüne Laub,
die Welt der Wunder, die ich nie verstehe,
den Himmel, der sich wölbt ob diesem Staub,
den Stein am Weg, den Boden, wo ich gehe.

Ich bete an die Seele und das Blut,
die sich vermählen — nichts sind sie allein,
bei Schön und Häßlich an und Böß wie Gut,
da alles kündigt erstes, letztes Sein.

Ich bete an das tausendfache Leben
und glücklich hört es, der es mir gegeben.

Korruption oder Nachlässigkeit? Wir erhielten dieser Tage eine Mitteilung, die insbesondere für die „Narodni Politika“ und das Prager Wohnungsbüro „Lucerna“, aber auch für die gesamte Öffentlichkeit und besonders für die Prager Wohnungsinferenten von Interesse sein dürfte. Es handelt sich um folgende Tatsachen. Zwei Angestellte, die in Prag Wohnung suchen, schalteten in der „Narodni Politika“ am 12. Jänner ein Inserat ein, für das sie — nebenbei gesagt — 16.30 Kronen entrichten mußten, obwohl jede einzelne Annonce nur zehn Worte umfaßt. Auf keine der Inserate langte ein Offert ein. Dieser Umstand, der ja auch einem reinen Zufall entspringen könnte, erscheint in ihrem besonderen Lichte, wenn man folgendes hinzu nimmt. Eine der beiden Inserentinnen hatte aus einem Gefühl des Mißtrauens in der Verwaltung der „Narodni Politika“ ein eigenhändig geschriebenes Kuvert abgegeben, das die Chiffre des von ihr eingeschalteten Wohnungsinferates trug, das also für die Verwaltung des Blattes als Offert auf das chiffrierte Inserat zu gelten hatte. Trotzdem erhielt die betreffende Inserentin und Offertentia auf ihre persönliche Anfrage bei der Verwaltung der „Narodni Politika“ den Bescheid, daß kein Offert auf das betreffende Inserat eingelangt sei. Es fällt schwer, hier noch an einen Zufall zu glauben und die Deffektivität in hohem Maße daran interessiert, zu erfahren, wem die „Narodni Politika“ in einem solchen solchen Falle die auf Wohnungsinferate eingelangten Offerten ausfolgt. Es wurde uns mitgeteilt, daß ein Angestellter, der in dem Wohnungsbüro „Lucerna“ angemeldet war, was selbstverständlich mit Kosten verbunden ist, von dieser Stelle eine Wohnungsadresse erhalten hat, die noch mit der Chiffre eines Zeitungsinferates versehen war. Wir behaupten natürlich, daß es sich in diesem Falle um ein Inserat der „Narodni Politika“ gehandelt hat, immerhin aber geben die Erscheinungen in der „Narodni Politika“ einerseits und in dem Wohnungsbüro andererseits zu denken und die Verwaltung der „Narodni Politika“ wird gut daran tun, einmal die Manipulationen in ihrer Wohnungsinferatenabteilung zu überprüfen und festzustellen, ob es sich hier um zufällige Nachlässigkeiten oder etwa um Durchschereien eines oder mehrerer ihrer Organe handelt. Die Inserenten müssen die Gewißheit haben, daß ihre wahrlich teuer genug bezahlten Annoncen und die darauf einlangenden Antworten in die richtigen Hände kommen, und daß der ohnehin anrüchliche Wohnungsmarkt nicht noch schmutziger erscheint, als dies ohnehin der Fall ist.

Schwere Beschuldigungen gegen Wiener Ärzte. Die Zeitschrift der Wiener Chronik bildet derzeit eine Affäre, die der Chirurg Prof. Dr. Hochenegg ins Rollen gebracht hat. Doktor Hochenegg hat nämlich kürzlich in einer Vorlesung Enthüllungen über die Korruption der Wiener Ärzteschaft gemacht, die sensationelles Aufsehen machen. Er beschuldigt den Großteil der Wiener Spezialärzte, einen regelrechten „Schlepperdienst“ eingerichtet zu haben; die Schopper sind die Internisten, die Hausärzte. Sie weisen Patienten, die einer Spezialbehandlung bedürfen, an die Spezialisten, um dies aber nicht nach Qualitätsbedenken, sondern je nach der Höhe der Provision, die ihnen von den Spezialisten gezahlt wird. Diese Provision erreicht oft bis 50 Prozent der Operationskosten, die infolgedessen natürlich von vornherein höher angelegt werden. Die wenigen anständigen Spezialärzte, die ihre Hände von derartigen schmutzigen Praktiken freihalten, werden „boikottiert.“ Verlangt ein Patient nach einem solchen Spezialisten, der keine Provisionen zahlt, wird ihm einfach abgelehnt; man erklärt fälschlich, der betreffende Spezialist sei verreist, erkrankt oder — wo das nicht geht — wird er als gänzlich unfähig, altersschwach usw. hingestellt. Professor Hocheneggs Enthüllungen haben begrifflicher Weise ungeheures Aufsehen gemacht. Die Wiener Ärztekammer hat ihn aufgefordert, sein Beweismaterial, von dem er sprach (er behauptet, daß man auch ihn wiederholt zur Zahlung von Provisionen zu veranlassen suchte), vorzulegen. Professor Hochenegg verweigert vorläufig jede Auskunft auf die Frage, ob er der formellen Aufforderung der Wiener Ärztekammer folgen und sein Beweismaterial betreffend Bestechlichkeit der Wiener Ärzte vorlegen werde. Aus seiner Umgebung erfährt jedoch das „Abendblatt“, daß das belastende Material, das Hochenegg besitzt, ganz ungeheuer sei und weit mehr als die Hälfte der Wiener Ärzteschaft betreffen würde, wenn es bekannt gegeben werden sollte. Im

übrigen steht Hochenegg auf dem Standpunkt, daß der Veröffentlichung einzelner Namen viel weniger Bedeutung zukomme, als dem Einschreiten gegen das Provisionsunwesen unter der Wiener Ärzteschaft im allgemeinen.

Eine Wochenschrift der ungarischen Emigranten in Wien. Bekanntlich ist vor einiger Zeit das Tagblatt der ungarischen Emigranten in Wien, „Beckl Magyar Ujsag“, eingegangen. Seit dieser Zeit bemühten sich die Mitglieder der einstigen Schriftleitung, dem Blatte in irgend einer Form zur Wiederaufstehung zu helfen, um den Kampf gegen Fortschritt fortsetzen zu können. Als Ergebnis dieser Bemühungen ist nun vorläufig ein Wochenblatt erschienen, das den Namen „Beckl Kurir“ führt, und das in der Richtung des „Beckl Magyar Ujsag“ weiterarbeiten wird. Als Hauptschriftleiter zeichnet Josef Mahor, einer der angesehensten ungarischen Schriftsteller. Die erste Nummer des Blattes ist gestern erschienen.

Hilf dir selbst! In der „Frankf. Zeitg.“ lesen wir: Vier Dresdener Pfarrer sind in dem Bestreben, ihre Ungenugtuung und ihr Gefühl in praktischen Werken umzusetzen, auf einen originellen Gedanken gekommen: sie lernten die Posaunenbläser. Die würdigen Männer, denen die Arbeit im Weinberg des Herrn das tägliche Brot nicht mehr liefert, ziehen nun einige Tage in der Woche ein Quartett durch das Sachsenland, blasen von den Türmen Chöre, konzentrieren gegen Entgelt auf öffentlichen Plätzen und helfen — weilen sogar bei weltlichen Lustbarkeiten aus. Wiederholt sind sie auch in die Tschechoslowakei übergetreten und haben mit der Macht der Töne Kronenzettel verdient. Zum Wochenschluß kehren sie dann zu ihren Gemeinden zurück und verkünden ihnen das Wort Gottes. Not macht erfinderisch. Gegen die vier wackeren Herren ist nichts zu sagen. Sie handeln nach dem Wort: Hilf dir selbst! und bringen sich ehrlich durch die harte Zeit. Es mag idyllisch sein, wenn sie am Sonntag Wein und Ändern von ihren Fahrten erzählen.

Die Nordbäre Daudet. Der bekannte Pariser Abg. Leo Daudet ist gestern vor dem Untersuchungsrichter erschienen, um sich unter Berufung auf die Aussagen verschiedener Zeugen dahin auszusprechen, daß sein Sohn Philipp von einem der 14 Agenten, welche zur Verhaftung von Anarchisten ausgesandt worden waren, erschossen worden sei. Die Polizeigenossen hätten in Philipp irrtümlich einen der verfolgten Anarchisten gesehen; als sie ihren Irrtum gewahrt wurden, hätten sie die Leiche des jungen Daudet in ein Automobil gebracht und den Chauffeur beauftragt, den Leichnam ins Spital zu führen.

Die Vergung des U-Bootes „L 24“ unmöglich. Die englische Admiralität gibt bekannt, daß nunmehr das Braud des U-Bootes „L 24“ endgültig aufgefunden worden und infolgedessen seiner Vergung unmöglich ist.

Ein Luftschiff vom Sturme fortgetrieben. Aus Lakehurst, im Staate New-York, wird telegraphiert, daß das lenkbare Luftschiff „Zhenandoah“ durch einen heftigen Sturm von seinem Anker losgerissen und in der Richtung gegen Canada getrieben wurde. Mittwoch wurde in New York eine drahtlose Depesche aufgefunden, in welcher der Kommandant des „Zhenandoah“ mitteilt, daß sich auf dem Luftschiffe alles in Ordnung befindet, und daß er es vollkommen in seiner Gewalt habe. Er vermutet, sich über Neu-Braunschweig zu befinden. Er ist beabsichtigt, über die stürmische Zone zu gelangen. — Aus Lakehurst wird telegraphiert: Das lenkbare Luftschiff „Zhenandoah“ ist gestern um 23 Uhr gelandet.

Strandung eines amerikanischen Schlachtschiffes. Reuter meldet aus Galveston in Texas: Der Kreuzer der Vereinigten Staaten „Tacuma“, der sich wegen der mexikanischen Unruhen auf dem Wege nach Veracruz befand, ist 16 Meilen von Veracruz auf den Klippen gestrandet und gibt Notsignale. Eine drahtlose Depesche vom amerikanischen Konsulat in Veracruz bittet um schnelle Entsendung von zwei großen Zerstörer-Dampfern. Wenn diese nicht binnen zwei Stunden eintreffen, würde es nicht mehr möglich sein, das Schiff von den Klippen abzuschleppen.

Erdbeben in Südamerika und Vorderindien. Wie „Le Journal“ aus New York meldet, sind Mittwoch vormittags heftige Erderschütterungen in Süd-Columbien, nahe der Grenze von Ecuador, verspürt worden. Sieben Dörfer wurden zerstört. — Blättermeldungen aus Bombay zufolge ereigneten sich Mittwoch heftige Erderschütterungen. Opfer an Menschenleben ist nicht zu beklagen.

Schweres Grubenunglück. Mittwoch vormittags ist in dem beim Paul II-Schacht im Prager Revier befindlichen Tagbau ein Teil der Böschung des Tagbaues abgerutscht. Hierbei wurde der Bergarbeiter Hugo Pichlmeier getötet, vier andere Arbeiter schwer und zwei leicht verletzt. Bei den Verletzten wurden außer schweren Verbrennungen auch Rauchgas- und Kohlenoxydvergiftungen konstatiert.

Der Raubmörder von Admont verhaftet. Die eifrigen Nachforschungen der Genzarmerie haben zur Verhaftung des Mannes geführt, der nahezu überwiesen ist, den Raubmord an dem Kassier der Landwirtbank in Admont verübt zu haben. Die Unvorsichtigkeit des Mörders selbst führte auf seine Spur. Am Tage nach dem Mord wurde im Garten des Zistes Admont ein blutiges Kuvert mit der Adresse Jidori Tobitter, Lohndiener im Hotel „Zur Post“, gefunden. Es war augenscheinlich, daß der Mörder an diesem Briefumschlag seine Hände und wahrscheinlich auch das Messer abgewischt und es dann unvorsichtigerweise weggeworfen hat. Das führte

zu seiner Verhaftung. Auf dem Kuvert war neben seiner Adresse auch noch die seiner Geliebten und die der Bank angegeben. Als ihm die Verhaftung angekündigt wurde, leugnete er, und da er weder Blutspuren an seinen Kleidern, noch Geld hatte, war der Verdacht noch nicht zwingend. Vor dem Abtransport hat er, auf den Abort gehen zu dürfen. Da er aber dort lange blieb, drang der Gendarm ein und sah, daß sich Tobitter mit seinem Rasiermesser Schnittwunden beigebracht hatte. Auf die Frage, ob er die Tat begangen habe, deutete er „Ja!“ Später widerrief er wieder das Geständnis, und so wird nach weiteren Beweisen geforscht. Die beiden er sich mit dem Rasiermesser zugefügt hat, sind nicht lebensgefährlich.

Die Wiener Technik als Hort der Reaktion. An der Technischen Hochschule in Wien ist folgender Aufruf angeschlagen:

Wir rufen zum Dienste und Schutze im Kampfe!
Deutschland braucht Krieger, keine Schwäger!

Oberland ist ein Werkzeug des kommenden Mächers, welcher Deutschland befreit, die vergewaltigten und abseits stehenden deutschen Gebiete mit dem gegenwärtigen Deutschen Reich vereinigen und dieses Deutsche Reich — das neue Deutsche Reich — als ein Reich der Gerechtigkeit, als erstes Bollwerk des wahren Sozialismus gründen wird.

Freiheit sterbe,
Ei erwake!
Deutschland lebe!
Kreis N.-O., Bund Oberland.
Anfragen an: Werbeoffizier Richard Zellmer, VII., Starfingergasse Nr. 35.

„Oberland“ ist die hochverräterische Zentralorganisation, die dem politischen Morde in Deutschland die nötigen Vorbereitungen geliefert hat. Darum wurde diese Organisation schon lange vor der Verhängung des Ausnahmezustandes verboten und aufgelöst. Und nun feiert sie in Wien fröhliche Auferstehung. Es sei besonders vermerkt, daß die Pflichterung des Aufrufes vom Rektor bewilligt wurde.

Drei Tage im Schnee stecken geblieben. Ein Kleinbahnzug, der von Labes nach Daber in Hinterpommern abgefahren war, blieb im Schnee stecken und mußte herausgeschleppt werden. Auf der Rückfahrt war der Zug nur bis in die Gegend von Jettlich gekommen, weil der Lokomotive das Wasser ausgegangen war. Nachdem sie bis zur nächsten Station zurückgefahren war, um Wasser einzunehmen, gelang es ihr jedoch nicht mehr, sich durch die hohen Schneehaufen hindurchzuarbeiten. So blieb der Zug ohne Kohlenwagen im Zuge, so daß die Fahrgäste sich heiligenswürmende Abteile machen konnten. Nahrungsmittel wurden aus dem benachbarten Jettlich herbeigeschafft. Nach 24stündiger einsamer Wartezeit erreichte die Maschine endlich den Zug, den sie am vierten Tage nach der Abreise an den Bestimmungsort befördern konnte.

Opfer der Kälte. In Thalfranken (Bayern) wurde am Sonntag Abend der Schreiner Josef Schilling ertrunken aufgefunden. In der Raillingerstraße in München wurde ein Hausmeister in halberfrorenem Zustande aufgefunden. Der Mann hatte sich im betrunkenen Zustande in einen Schneehaufen gelegt, den er für sein Bett gehalten hatte.

„Ausgerchnet Bananen“ — in Budapest als unzulässig verboten. Die Budapest Polizei hat vor einigen Tagen den ungarischen Text des bekannten Gassenhauers „Ausgerchnet — Bananen“ wegen des unzüchtigen Inhalts verboten. Mittwoch abends spielte die Jazzband in einem Budapest Kaffeehaus die Melodie des Liedes. Darauf erhob sich der diensthabende Polizeioffizier, ging zum Kapellmeister und zwang ihn, das Lied, unter Berufung auf das Verbot, auf der Stelle abzuklopfen. Alle Einwendungen des Dirigenten, daß bloß der Text, nicht aber die Melodie wegen Unzüchtigkeit verboten sei, blieben fruchtlos. Die Kapelle durfte das „Bananen-Lied“ nicht mehr spielen.

Schreckung der Postgebühren. In der soeben erschienenen Nummer des Verichtes der Prager Handels- und Gewerbetammer verdient besonderes Interesse eine Meldung über Herabsetzung der Postgebühren, die mit 1. Oktober auch bei den Briefposttarifen durchgeführt werden sollte. Ein feinerzeit von der Regierung gegebenes Versprechen wurde am 4. Dezember in der Sitzung der Verkehrsabteilung der Zentrale negiert, jedoch leider mit negativem Resultat. Die Vertreter der Postverwaltung erklärten, eine Herabsetzung der Postgebühren könne nicht plangreifen, da die Postverwaltung passiv sei. Eine Zunahme des Postverkehrs sei trotz der Herabsetzung am 1. Mai nicht eingetreten, trotzdem der Handel und die Industrie einen bedeutenden Aufschwung zu verzeichnen haben und die Postverwaltung müsse, da sie ihre Bedürfnisse selbst deckt, auf den bisherigen Postgebühren beharren. Durch diese Erklärung der Postverwaltung ist die Angelegenheit nicht definitiv erledigt. In der erwähnten Sitzung wies der Referent der Handels- und Gewerbetammer auf den Umstand hin, daß der größte Ballast der Postverwaltung das Geseß vom Jahre 1865 über die Postfreiheit sei. Diese Frage muß schon aus prinzipiellen Gründen in erster Reihe durchberaten werden und es werden die hierzu nötigen Schritte unternommen werden, um die Postverwaltung von diesem Ballast zu befreien.

Eine Enquete über die Gebäckpreise. Gestern fand im Ernährungsministerium eine Enquete über die Gebäckpreise statt. Es wurde sowohl vom Vorsitzenden als auch von anderer Seite konstatiert, daß die Mehl- und Getreidepreise in letzter Zeit eine Erhöhung erfahren haben, ohne daß die Preise für Gebäck reguliert worden wären. Die großen Bäckereien erklärten in einer Zu-

schrift neuerdings, daß sie die Mehlpreiserhöhung durch Einführung von Nacharbeit paralysieren (?) könnten. In der Debatte wendeten sich sowohl die Vertreter der Meister wie auch die der Arbeiter energisch gegen die Einführung der Nacharbeit. Zu Beschließen über eine Festsetzung neuer Gebäckpreise kam es nicht; denn der Sprecher der Bäder, Zen. Kotrba, will die Preisentwicklung der freien Konkurrenz (!) überlassen haben und wünschte bloß, daß die Bäder gegen Uebergriffe der Bäckergewerliche geschützt werden. In diesem Zweck sei eine Maximalgrenze der einem Unternehmer zuzusprechenden Bruttogewinne (Regiepreis) festzusetzen. Als Maximalgrenze wäre für Brot 1 K und Weißgebäck 3.40 K per Kilogramm anzunehmen. Der Vorsitzende schloß vor, die Festsetzung dieser Regiepreise einer engeren Kommission zu überlassen, was angenommen wurde. Die Sitzung schloß mit einer Stellungnahme gegen die Umsatzsteuer für importierte Mahlprodukte und Getreide.

Das Eisenbahnprogramm für Mähren. Das Investitionsprogramm der Eisenbahnverwaltung für 1924 ist soeben fertiggestellt worden. Für Mähren sind folgende Bauten an Bahnkörpern und Stationsgebäuden schon für die nächste Zeit in Aussicht genommen: Der Bau eines zweiten Geleises auf der ganzen Strecke Lundenburg—Brünn. Allgemeiner Ausbau und Vergrößerung sämtlicher Stationen auf der Strecke Olmütz—Hohenstadt als Vorbereitungsarbeiten für das Legen eines zweiten Geleises auf dieser Strecke. Inbetriebnahme des bereits fertigen zweiten Geleises auf der Strecke Prazna—Olmütz. Ausbau und Erweiterung des Brünnener Bahnhofes; Errichtung eines neuen Heizhauses und Inbetriebnahme der neuen Mündungsbrücke der Starapahlinie direkt in den Brünnener Bahnhof (so daß man also nicht mehr rund um die Brünner Vororte herum fahren müssen). Letzter Punkt: Ausbau der Bahnhöfe in Olmütz und Lundenburg. Auch sollen die Schnellzüge Brünn—Jglau endlich eingeführt werden. Aber hierzu sind die wichtigen Arbeiten am Bahnkörper, der für Schnellzüge heute noch nicht genug widerstandsfähig ist, noch nicht beendet.

Die „Konsumgenossenschaft“ Nr. 1 des vierten Jahrganges vom Jänner 1924 hat folgenden Inhalt: Zum neuen Jahre. Ein Wort an unsere Freunde! — Genossenschaftlicher Rückblick auf 1923: A) Allgemeines. B) Verband. Von W. u. n. — Genossenschaftliche Tage in Russland. Der Jubiläumstongress in Moskau. Von Adalbert Fikler (Prag). — Richtlinien der Genossenschaftsbewegung. Von Dr. Karl Kerner (Wien). — Gegen die Umsatzsteuer und Zundersteuer! Reden des Abg. Dietl und Senators Lorenz im Parlamente. — Vorstandsschulen. Von H. W. — Ferner die reichhaltigen Mitteilungen: Genossenschaftliche Presse und Literatur. — Vom Tage. — Bildungsarbeit. — Literatur. Einlauf neuer Bücher und Schriften. Buchbesprechungen. — Aus den Konsumvereinen. — Ausländische Genossenschaftsbewegung. — Antündigungen der Konsumvereine.

Raffinierte Schecktäuschungen.

Bei der „Böhmischen Industrial- und Wirtschaftsbank“ in Prazburg wurden dieser Tage auf einen gefälschten Scheck 150.000 K behoben. Auf Grund der polizeilichen Nachforschungen wurde nun die 24jährige BeamtenGattin Marianne Hammerich verhaftet, die den Betrag auch eingestand. Marianne Hammerich hatte sich im November 1923 durch eine Einlage von 2000 K ein Scheckbuch der Prazburger Filiale der Bank verschafft und durch einen fingierten telephonischen Auftrag an die Ostrauer Filiale zur Honorierung eines auf 150.000 Kronen lautenden Schecks sowie durch ein auf einer gefälschten Bankdruckform angefertigtes Aviso die Auszahlung des Betrages von 150.000 K erwirkt. Die Prazburger Polizei stellte fest, daß die Avisodruckform aus einer Prazburger Druckerei stammte. Der Buchdruckereibesitzer übergab der Polizei das Muster, nach dem die Bestellung ausgeführt worden war. Es ergab sich, daß diese Vorlage ein von der Bank abgeschickter Brief war, dessen Inhalt ausradiert wurde. Eine kleine Signatur, der Buchstabe „A“, der übrig geblieben war, führte zur Feststellung der Täterin. Die Hammerich hatte den Betrag im Verein mit ihrem Gatten, der bei der Mährischen Agrarbank in Stellung war, und ebenfalls verhaftet wurde, ausgehört. Bei einer Hausdurchsuchung wurde der größte Teil des von der Bank entlockten Betrages vorgefunden. Hammerich gab beim Verhöre an, daß er vor mehr als einem halben Jahre einen Scheckbeitrag an der Mährischen Agrarbank begangen habe. Damals handelte es sich um 10.000 K. Weiter gestand Frau Hammerich ein, daß sie selbst die Agrarbank um 100.000 K betrogen habe, als sie noch, vor ihrer Heirat, bei dieser Bank angestellt war. Sie entnahm damals dem Scheckbuch ein leeres Einlagebuch, gab demselben eine Nummer, verließ es gleich mit den nötigen, natürlich gefälschten Unterschriften, stellte es auf den Namen Dr. Adolf Stern, auf 100.000 K lautend, aus. Es gelang ihr auch, die angelegte Einlage in einige Bücher einzutragen. Dies geschah am 1. März 1923 und am 3. März schon klingelt das Telefon: „Dr. Stern will seine Einlage auf Buch Nummer 10 und soviel heben.“ Das Geld wolle dem Boten nach Nennung des Kennwortes „Adolf“ ausgefolgt werden.“ Das Geld behob ein von der Hammerich in die Bank geschickter 14jähriger Junge. Für das Geld besitzte die Hammerich die Auslagen ihrer Hochzeit. Ob die Frau immer wieder behauptet, daß sie die Betrügereien nur allein ausgeführt habe, ist ihr Mann durch das eigene Geständnis in gleicher Weise belastet.

Wie die gestrigen Abendblätter aus Prazburg zu berichten wußten, hat die Hammerich in der Post einen Selbstmordversuch begangen, indem sie sich die Pulsadern zu durchschneiden versuchte. Es seien sofort Vorkehrungen getroffen worden, um künftige Selbstmordversuche zu verhindern.

Kleine Chronik.

Der Sport und die Naturwölfer. Für die Leistungssteigerung kommen beim Sportsmann neben natürlicher Veranlagung, entsprechendem Körperbau und planmäßigem Leben im allgemeinen die Vergleiche mit besseren Sportsleuten des eigenen Gebietes in Frage. Oft genug wirken aber auch die Nachrichten von scheinbar gewöhnlichen Leistungen bei Naturwölfen aufstachelnd. Wenn nach Gask Frauen der mexikanischen Seri-Indianer mit dem Wasserflug auf dem Kopf und dem Rinde aus dem Rücken in einer Nacht 48 bis 73 Kilometer zurücklegen, wenn die Tarahumaraindianer Nordamerikas 270 Kilometer ohne größere Pause laufen, oder wenn sie in fünf Tagen einen gebirgigen Weg von 900 Kilometer hinter sich bringen, wenn Pappentiläufer zu 220 Kilometer im Wettlauf nur 2 1/2 Stunden brauchen, wenn die Watuffi in Ruanda (ehemalig Deutschostafrika) bis 250 Meter hoch springen, wenn der Tentonensfeldherr Teutoboch über vier bis sechs nebeneinanderstehende Herde hinwegsprungen ist, so erstounen wir über die im Vergleich geradezu dastigsten Höchstleistungen des heutigen Kulturmenschen. Allerdings kennen die Naturwölfer den eigentlichen Sportbegriff nicht, aber sie haben sich solche körperliche Fähigkeiten erhalten und durch sorgfältige Übung so entwickelt, daß sie unsere besten Sportmenschen weit übertreffen. Es wäre deshalb nicht bloß vom Sportstandpunkt aus, sondern auch für die Kenntnis des Menschen überhaupt von Belang, wenn einmal eine eingehende Untersuchung darüber angestellt würde.

Prähistorische Tier Spuren im Ruhrkohlenland. Ein bedeutsamer Fund hat unsere Kenntnis von den größten Landtieren die die Steinkohlenmoore des rheinisch-westfälischen Kohlenbezirks bevölkerten, erheblich bereichert. Im November vorigen Jahres legte man in der Bodumer Zeche „Präsident“ beim Nachreichen einer Kohlstrecke im Sandstein der obersten Lagerkohlengruppe eine mächtige Sandsteinplatte frei, auf deren von Schieferung unterlegten Unterseite rund 30 mehr als Faustgroße, reliefartig herausstehende Fußabdrücke sichtbar wurden. Es handelt sich in den Fußdrücken nur durch Ausfüllung von Fußspureindrücken im Schieferungsflaum erzeugte Positivabdrücke des darüber liegenden Sandsteins von zwei nebeneinander laufenden Fußdrücken verschieden groß, aber gleichartiger Vierfüßler. Die Spuren ähneln den aus den Steinkohlengebirgen Nordamerikas bekannten Fußabdrücken, welche größtenteils von „Amphibien“, das heißt in der Jugend im Wasser lebenden und mit Kiemen atmenden, in erwachsenem Zustande ans Land gehenden und durch Lungen atmenden molchähnlichen Tieren mit plumpeem Rumpf und kurzen Gliedmaßen, herrühren. Sie stellen die höchst entwickelten Wirbelformen der Steinkohlenformation dar. Weitere Untersuchungen der Fußdrücken sind im Gange.

Römische Ausgrabungen in Bregenz. In Bregenz wird gegenwärtig der römische Friedhof erweitert und hier ein Teil des Thurn-Taxianischen Parks verwendet, in dem der bisher noch ununtersucht gebliebene Mittelteil eines römischen Begräbnisplatzes liegt. Der Aufwandsverein beschloß, diese Gelegenheit zu benutzen, um Ausgrabungen durchzuführen.

Der ritterliche Räuber. Seit Monaten ist die italienische Polizei von Pola auf der Spur des Briganten Collario, auf dessen Ergreifung eine Belohnung von 10.000 Lire ausgesetzt worden ist. Alle Bemühungen blieben bisher erfolglos. Man weiß, daß Collario sich in Pola selbst oder in der nächsten Umgebung aufhält, ohne ihn aber ausfindig machen zu können. Collario ist ein Räuber, wie man ihn zuweilen in romantischen Abenteuerromanen findet: mutig und gefühvoll. Wenn die Polizei ihn irgendwo am verkehrten Ende findet, dann erscheint er plötzlich im Hause eines Beamten, um „weitere Irregularitäten der Polizei zu verhindern“. Aber bevor die Polizisten erscheinen können, ist er auch schon wieder spurlos verschwunden. In diesen Tagen stand Collario plötzlich vor der Tür eines Kaufmanns Pelschiar. Ohne sich weiter anmelden zu lassen, trat er in das Arbeitszimmer des erfindenen Kaufmanns, riß zunächst die Drähte aus dem Telefon und schrieb in aller Ruhe auf den Notizblock, der daneben hing: „Der Polizei von Pola als Zeichen meines Mutes geschwidmet. Collario.“ So, dann wandte er sich an das sprachlos Gehepar und erklärte, er sei hauptsächlich deshalb gekommen, weil er erfahren habe, daß die in ihrem Dienste lebende Köchin, eine frühere Geliebte, geländigt worden sei, und er wünsche ein gutes Wort für sie einzulegen. Der Räuber setzte sich dann bequem in einen Klubstuhl und erzählte seinen ungewollten Gastgebern einige Stunden aus seinem Leben. Er gestand, eine gewisse Furcht vor dem brutalen Zupacken der Polizisten zu haben. Sonst hätte er sich längst gestellt, um die 10.000 Lire, die auf seine Verhaftung gesetzt sind, wohlthätigen Zwecken zuzuführen zu lassen. — So meldet es wenigstens eine italienische Korrespondenz.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Sinken des tschechoslowakischen Holzportals infolge der Wirtschaftskrise in Deutschland. Die „Tribuna“ macht auf eine bedenkliche Erscheinung in unserem Außenhandel aufmerksam. Es betrifft dies den für die Zahlungsbilanz des Staates zu wichtigen Holzexport. Während wir im Juli 1923 49.000 Waggons Holz ausgeführt haben, ist unsere Ausfuhr im November auf 24.000 gesunken. Dieser Exportverlust von 25.000 Waggons geht auf das Konto der Verminderung unserer Holzausfuhr nach Deutschland, die im Juni 1923 34.000, im November aber nur 11.000 Waggons betragen hat. Von dem Minus von 25.000 Waggons entfällt also auf Deutschland allein 23.000, auf alle übrigen Staaten 2000 Waggons. Daraus ist zu ersehen, wie notwendig für den tschechoslowa-

kischen Export die Wiederherstellung von Deutschlands Kaufkraft ist.

Die profitfächtigen Ziegelbarone. Das im Bauförderungsgeze vorgehende Preisgericht hat vor kurzem Maximalpreise für Ziegel festgesetzt. Die Besitzer der Ziegelfabriken machen nun alle Anstrengungen, um die Beschnidung ihres Profits unmöglich zu machen. Der Verband der Ziegelindustriellen sprach sich in seiner Sitzung vom 3. Jänner gegen das Vorgehen des Preisgerichtes, einen einheitlichen Preis für ganz Böhmen zu bestimmen, aus. Trotz Herabsetzung der Tarife, Verbilligung der Kohle, Abbau der Löhne, Misachtung des Achtstundentages und der Schutzbestimmungen für die Arbeiter wollen die Herrschaften mit ihren Profiten nicht heruntergehen.

Die Gefährdung der tschechoslowakischen Radiumproduktion. Vor dem Kriege hatte die Tschechoslowakei eine Art Weltmonopol in der Erzeugung von Radium, welches aus dem bei Joachimsthal vorkommenden Uranpecherz gewonnen wurde. Nach dem Kriege ist die Erzeugung des seltenen Produktes ausgedehnt worden. In derselben Zeit trat jedoch die Konkurrenz Amerikas auf, wo das Radium billiger aber doch nicht in der Qualität wie das bei Joachimsthal erzeugte, gewonnen wurde. Nun ist dem böhmischen Radium ein gefährlicher Konkurrent erwachsen: in Belgisch-Kongo, in Mittelafrika, werden gleichfalls Radiumerze gefördert, welche unweit von Antwerpen verarbeitet werden. Während man zur Erzeugung von einem Gramm Radium aus dem böhmischen Erz 300 Tonnen Uranpecherz braucht, wird aus dem in Belgisch-Kongo vorkommenden Mineral schon aus 20 Tonnen ein Gramm Radium gewonnen. Dadurch wird der Preis des Radiums gesenkt und das böhmische Radium kann nur schwer konkurrieren.

Das Gesamtländerausmaß der Tschechoslowakei beträgt nach dem letzten Ausweis des statistischen Staatsamtes 14.037.419 Hektar, davon entfallen auf Ackerboden 5.902.922 Hektar oder 42,05 Prozent, Wälder 4.655.976 oder 33,17 Prozent, Dauerwiesen 1.385.389 Hektar oder 9,87 Prozent, Hutweiden 1.204.784 Hektar oder 8,58 Prozent, verbaute und andere unproduktive Flächen 646.155 Hektar oder 4,60 Prozent, Zier-, Obst- und andere Gärten 130.721 Hektar oder 0,93 Prozent, Teiche, Seen und Sümpfe 78.407 Hektar oder 0,56 Prozent, Weingärten 17.010 Hektar oder 0,12 Prozent, Gemüsegärten 16.055 Hektar oder 0,12 Prozent.

Die Vereinheitlichung des Wechselrechtes. Der Völkerverbund hat einer Anregung des Wirtschaftskomitees des Völkerverbundes folgend beschloffen, eine Enquete einzuberufen, die den Zweck haben soll, die Gesetzgebung aller Staaten, betreffend den Wechsel und andere Ordrepapiere in allen Staaten zu vereinheitlichen oder wenigstens gemeinsame Grundzüge für die Gesetzgebungen aller Staaten auf diesem Gebiete auszuarbeiten. Er hat die gutachtlichen Äußerungen von vier Gelehrten von Welt Ruf, nämlich von Sir Macnaghten Dr. Chalmers-England, Prof. Josef Jitta-Niederlande, Prof. Franz Klein-Oesterreich und Prof. Lyon-Caen-Frankreich eingeholt. Die vier Gutachten, die einen Band von 149 Seiten füllen, sind nunmehr im Druck erschienen und können durch den Völkerverbund in Genf bezogen werden.

Die sächsische Goldnotenbank. Die „Vossische Zeitung“ berichtet, daß die Haushaltsausschüsse des sächsischen Landtages den Antrag der deutschen Volkspartei, auf Einrichtung einer sächsischen Goldnotenbank angenommen haben. Der Regierungsvertreter erklärte, daß die Reichsregierung keine Bedenken gegen die Gründung habe, und daß Dr. Schacht den größeren Bundesstaaten die Einrichtung solcher Goldnotenbanken unter der Voraussetzung zugestimmt habe, daß diese Banken bei der Gründung der Reichsgoldnotenbank in diese übergeleitet werden.

Ausstand in der rheinischen Textilindustrie. In der rechtsrheinischen Textilindustrie sind die Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten. Alle Betriebe liegen still.

Die österreichische Regierung will die Ueber-einkommen der internationalen Arbeitskonferenzen nicht ratifizieren. Die österreichische Regierung hat dem Parlament ihre Vorschläge über die Ratifikation der internationalen Vereinbarungen in Washington und Genf in bezug auf wichtige sozialpolitische Maßnahmen vorgelegt. Diesen Vorschlägen zufolge will die Regierung nur einzelne Maßnahmen von untergeordneter Bedeutung gutheißen, die übrigen sollen nicht als internationale Gesetze in das österreichische Gesetzbuch kommen. So würde die Ratifizierung der Ueber-einkommen über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft, das Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren in gewerblichen Betrieben, die Einbeziehung der Landarbeiter in die Unfallversicherung von der Regierung zeitweilig verweigert. Selbst das Abkommen über den Achtstundentag, der doch in Oesterreich gesetzlich eingeführt ist, will die Regierung nur unter Vorbehalt ratifizieren, nämlich erst, wenn in einer ganzen Reihe anderer Länder, darunter sozialpolitisch so rückständigen wie Ungarn und Jugoslawien, die Ratifizierung erfolgt sein wird! Die Regierung will sich durch ein internationales Gesetz nicht binden, weil dann die Abschaffung des Achtstundentages durch die Gesetzgebung nicht möglich wäre. An dem Vorgehen der österreichischen Regierung läßt sich der Fortschritt der internationalen Reaktion am auffallendsten ablesen. Oesterreich marschierte seit dem Kriege unter seiner sozialistischen Regierung in bezug auf seine Sozialpolitik an der Spitze der europäischen Länder. Die Gemeinde Wien, von Sozialdemokraten ver-

waltet, ist heute noch eine Hoheitsburg der sozialen Fürsorge. Die christlichsoziale Regierung wagt jedoch — trotz der kräftigen Opposition im Parlament — die beschiedenen Beschlüsse der internationalen Arbeitskonferenzen, die dort mit Zustimmung der Regierungen und Unternehmer angenommen wurden, zurückzuweisen. Die kapitalistische „Sanierung“ Oesterreichs durch den Völkerverbund in Genf mußte mit der Aufopferung der Sozialpolitik des internationalen Arbeitsamtes in Genf (das zwar gleichfalls eine Stelle des Völkerverbundes ist!) einbergehen.

Die Ursachen der englischen Arbeitskonflikte bei der Eisenbahn und im Bergbau. Von den drei großen Eisenbahnerorganisationen, welchen die englischen Eisenbahner angehören, haben zwei die Entscheidungen des nationalen Lohnamtes über die Löhne und Arbeitsbedingungen angenommen. Die Mitglieder der dritten Organisation — Amalgamated Society of Locomotive Engineers — die vornehmlich Lokomotivführer und Heizer (an Zahl 62.000 von einer Gesamtzahl von 82.000) vereinigt, haben jedoch die Annahme der Entscheidung verweigert. Diese Gruppe der Eisenbahner wurde durch die Lohnbestimmungen am schärfsten getroffen. Die Eisenbahngesellschaften haben neue Verhandlungen eröffnet. Sollten diese nicht zum Erfolg führen, so steht ein Eisenbahnerstreik in Aussicht. — Die Bergarbeiter werden binnen kurzen darüber abstimmen, ob der in drei Monaten ablaufende Tarifvertrag erneuert werden soll. Die Unternehmer wollen denselben noch zu ihren Gunsten (bei der Ausrechnung ihrer Gewinnquote) abändern, während der Bergarbeitervorstand die Lohnbestimmung beziehungsweise Gewinnverteilung unter Beibehaltung des gegenwärtigen Systems zugunsten der Bergleute ändern möchte. Die Stimmung unter den Bergarbeitern ist unbedingt gegen die Erneuerung des Tarifvertrages. Inzwischen stellte sich aus den Veröffentlichungen der Bilanzen heraus, daß die Profite der Bergwerksbesitzer im verfloffenen Jahr das Doppelte der Vorkriegsgewinne erreichten. Die Wirkung dieser Tatsache wird bei der Abstimmung der Bergleute nicht ausbleiben.

Zwangsauswanderung aus England? Da die Massenarbeitslosigkeit in England zu einer dauernden Erscheinung wird, erwägt man im Lande immer mehr — wie Albin Michel in der Zeitschrift „Die Glocke“ mitteilt — die Frage der Massenauswanderung. Schon vor drei Jahren hat die Regierung beschloffen, daß alle ehemaligen Soldaten und deren Angehörigen bei einer Auswanderung in britische Ueberseegebiete freie Ueberfahrt und freien Möbeltransport beanspruchen können. Nun erwägt man sogar den Gedanken einer zwangsweisen Massenauswanderung. Die Regierung soll ein Gesetz vorschlagen, wonach bestimmte Kategorien von Bewohnern des britischen Mutterlandes zur Auswanderung in die Kolonien gezwungen werden.

Ein italienischer Bankrott. Die „Banca Credito de Valori“ in Rom hat ihre Schalter geschlossen. Die Ursache soll in verfehlten Spekulationen und in verfehlten Unternehmungen in Süditalien liegen.

Devitenturle.

Die tschechische Krone notiert in:
New York 100 Kr Dollar 2,91'25
Paris 100 Schweizer. Frank 16,82'50
Berlin 1 Mark 124,000,000,000'00
Wien 1 österr. Kronen 2,075'00

Prager Kurve am 17. Jänner.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1290,50	1305,50
1 Billion Mark	8,25'00	8,45'00
100 belg. Francs	143,50'00	145,00'00
100 schwed. Francs	601,50	604,50
1 Bundo Sterling	147,02'50	149,32'50
100 Lire	151,75'00	153,25'00
1 Dollar	34,70'00	35,30'00
100 franz. Francs	193,25'00	194,75'00
100 Dinar	39,63'00	41,15'00
100000 mag. ar. Ironen	1,285'00	12,85'00
1,000,000 span. Mark	310'00	309'00
100000 österr. Kronen	4,77'00	4,97'00

Vorträge.

„Seele und Schicksal des Erziehers“.

Der Kopf eines Fanatikers und Asketen, eine Diktion und Logik voll verhaltener, unterirdisch rumorender Ironie, die den gegnerischen Standpunkt (und das ist — heute — so ziemlich noch der Standpunkt der ganzen Welt) grundtätig beargwöhnt, beharrlich auflockert und dialektisch zerfäsert, die gültigen Augen des Wissenden und das Ethos des Revolutionärs: das ist Siegfried Bernfeld, der Verkünder einer neuen Menschenerziehung, deren Praxis (dem von einer Theorie kann bei dieser antihyphenatischen, rein gefühlmäßigen Einstellung nicht die Rede sein) damit beginnt, den Wert dessen, was man bisher „Pädagogik“ nannte, radikal zu negieren. Die seelischen Motive selbst der größten Pädagogen, sagt Bernfeld, sind nie so völlig auf Selbstentäußerung, auf unmittelbares lebensspäherisches Mitleben gerichtet, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Sogar Pestalozzi, einer der Wenigen, die überhaupt in solchem mehr negativen als positiven Sinne erzogen haben — er lebte mit den von ihm aufgeführten Straßkinderern wie ein Vater und überließ das Unterrichten andern — ist nicht ganz frei von solcher Abwärtung, will abstrakte Regeln finden für das, was einfach zu tun, zu leben ist. Dann setzt er sich hin und — schreibt. Er flieht förmlich vor seiner Liebe zu den Kindern, verschiebt sein warmlebendiges Interesse an ihnen auf den Intellekt, auf die Didaktik. Noch weiter als dieser pestal-

ozische Vatertypus des Erziehers enstern sich der Führertypus (Fichte) und der Verfolgerertypus (Rousseau) von Bernfelds Erzieherideale des „Nichterziehers“: Fichte liebt die Jugend nur als Schemen, nur dann, wenn sie so ist, wie er sie wünscht; und die unerbittliche Erziehungsautorität, die Rousseau in seinem „Emile“ vorschreibt, ist das Gegenteil von Freiheit.

Neben dieser Tragik des Erzieherchicksals steht die pädagogische Tragikomödie, die oft ins Groteske, Vossenhafte umschlägt. Bernfeld stellt eine Verursachtheit, eine Psychose des Erziehers fest, die sich insbesondere in Arger und Verbitterung äußert. Nergern kann man sich aber nur über kleine Dinge. Der Erzieher, der sich über irgend einen Irrtum oder eine Verfehlung des Kindes ärgert, vertritt damit also nur, daß er die Kinder verachtet, sie lediglich als willenlose Objekte seiner Machtgier einschätzt. In Wirklichkeit läßt sich aber dem Erwachsenen etwas „beibringen“ als dem Kinde, das im Grunde weit weniger bildsam, weit weniger veränderlich ist als jener. Nur die „Pädagogen“ verharren noch in ihrem verhängnisvollen Irrtum von der Plastizität des Kindes. Die Gesellschaft an sich ist liberaler. Und wenn sie Synthesen gerichtlich verfolgt, weil er seine wirkliche, nicht gefährlich verheißene Liebe zu Kindern gelegentlich äußerlich (etwa durch Umarmung) bekundet, so tut sie dies nicht aus Brüderliebe, sondern weil sie — die nur dressierte, „rentable“ Kinder brauchen kann — heimlich die gefährlichen Energiepannungen fürchtet, die sie hinter solchen Affekten wittert.

Bernfeld hat selbst ein tragisches Erzieherchicksal. Man hat ihm die Leitung der von ihm gegründeten Kinderschule in Baumgarten bei Wien entzogen, weil er angeblich den Kindern (armen jüdischen Proletariatskinderern, zusammengesetzten Opfern der Kriegszeit) zuviel persönliche Freiheit einräumte. Sein geistvoller Vortrag — dem eine verhältnismäßig zahlreiche Zuhörerschaft im großen Saal der Produktionsbörse mit starkem Interesse folgte — mag ein Niederschlag dieser Ergebnisse sein. — M. A.

Kunst und Wissen.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Freitag Gastspiel Hans Ladner mit dem Ensemble des Aufsteiger Stadttheaters „Die gelbe Nachtigall“; morgen Samstag Gastspiel Jicha-Göhl-Sienck „Don Juan“; Sonntag abends Premiere „Der Fürst von Pappenheim“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag „Der Muffergatte“; morgen Samstag abends (Reperoireänderung) „Improvisationen im Juni“; Sonntag abends neucinsubiiert „Maria Magdalena“.

Aus der Partei.

Kreis Konferenz, Auffg. Sonntag, den 17. Feber um 8 Uhr vormittags im Volkshaus (Kleiner Saal) in Auffg. ordentliche Kreis Konferenz. Tagesordnung: Berichte, Renwahl des Kreisvertrauensmannes, der Kreisvertretung, des Kreisbildungsausschusses und der Kreiskontrolle, Presse, Die politische Lage und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Anträge und Anfragen.

Bezirkskonferenz, Feiba. Sonntag, den 3. Feber nachmittags 2 Uhr, wichtige Bezirkskonferenz im Schützenhaus in Feiba.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Prag. Sonntag, 20. Jänner, Nachmittagsausflug Cernoschik. Zusammenkunft 12 Uhr 35 Wilschbahnhof, Führer: Reisinger. 2543

Mitteilungen aus dem Publikum.

Rechenmaschinen, T. Edgar, Refazanta 2a. 2535

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Solik.

Wo verkehren wir?

Café Continental, 106 Prag-Graben

Goldenes Arenal, 108 Prag-Refazanta.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Prag, Smekly 22 (Urania). 1060

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Täglich. PRAG II., Hybernská Konzert. Nr. 7.

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.